

Keine Fahrpreiserhöhung für Busse und Bahnen !

Am 23. Juni 2005 hat der Verkehrsausschuss der Region Hannover die Einführung von Sozialtarifen im öffentlichen Personen-Nahverkehr abgelehnt. Schon vorher hat der Verkehrsausschuss der Region bereits beschlossen:

Im Dezember werden Fahrpreise im Durchschnitt um 3,81% erhöht.

Das ist überhaupt nicht sinnvoll, zumal bei einer Erhöhung des so genannten Ermäßigungstickets von bisher 1,- € auf 1,10 € wieder einmal die Ärmsten der Armen und somit auch wieder die Kinder mit einer Erhöhung von 10% belastet werden. Kaum einer der Abgeordneten war am 23.06.05 bereit, dem Antrag des Abgeordneten (Fraktion WASG/parteilos) zu folgen, auch einmal einen neuen Sozial-Tarif anzudenken. In Berlin ist durch eine angemessene finanzielle Beteiligung sozial Schwacher, durch Halbierung des Preises für eine



Forderung:
Fahrpreise sozial anpassen !

Monatskarte, mit diesem neu eingeführten Sozial-Tarif, eine neue Kundschaft mit einbezogen worden. Diese Klientel nutzte bisher den ÖPNV entweder gar nicht, oder, weil die finanziellen Mittel fehlten, nur als Schwarzfahrer, liefen stets Risiko, kriminalisiert zu werden. Zusätzliche

Einnahmen fließen jetzt in die Kassen der Berliner Verkehrsbetriebe, wo vorher Verzicht auf Mobilität geübt wurde.

Die Abgeordneten der Region Hannover akzeptieren es sogar, dass das finanzielle Defizit der Üstra, welches Jahr für Jahr vom Steuerzahler übernommen wird, durch die Einführung kostendeckender Sozial-Tarife nicht reduziert wird.

Wem solche politischen Entscheidungen dienen sollen, ist schwer zu ermitteln.

Dem Steuerzahler nützt es jedenfalls genau so wenig wie den Arbeitssuchenden.

Warum, Herr Regionspräsident, sind Sie, im Gegensatz zum ausgeschiedenen Üstra-Chef, hier nicht verhandlungsbereit ?

Sie sind als Volksvertretung in der Region und als Vorsitzender im Aufsichtsrat der Üstra doppelt gefordert, diese Probleme zu lösen. (Alp)

Nicht GEZ - befreit ?

Heimlich still und leise, ohne dass die profitierenden Sender berichtet haben, sind die **Staatsverträge mit den Rundfunkanstalten zu Ungunsten der GEZ-Betroffenen geändert worden.** Weiter Seite 2

Nicht zu glauben...

“Wegen Verwechslungsgefahr” hat die BA uns das **Logo verboten.** Bei www.labournet.de in Bochum sind **Computer beschlagnahmt** worden. Arbeitsbeschaffung für Justitia durch die BA? Weiter Seite 2

Nicht wiederwählen !

Im Namen unserer Leser hatten wir im Juni hannoversche Ratsleute, auch die Regionsabgeordneten befragt. Wir warten immer noch auf Rückmeldungen. **Haben wir die Falschen gewählt ?** Weiter Seite 3

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ? Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte: siehe letzte Seite**

Impressum:

“ALP-Traum” ist ein Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe “Agenda 2010 kippen” Hannover

www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de

Redaktionsmitglieder: R. Calic, H.- D. Grube, J. Schaper, E. Stefaniuk

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Impressum:

Die Projektgruppe gegen die Agenda 2010 trifft sich jeden Dienstag um 18.30 Uhr
Treffpunkt siehe letzte Seite

MitstreiterInnen sind willkommen !



Heute schon über'n Tisch GEZogen worden ? Einstein in Hannover

GEZ-Befreiung Fortsetzung von Seite 1
Nicht nur das Verfahren der Antragstellung, wir berichteten in vorherigen Alptraum-Ausgaben, auch die Vorgabe, wer berechtigt ist oder wer nicht, ist massiv, wieder einmal nur zu Ungunsten der bedürftigen Menschen verändert worden. Viele vorher von der GEZ-Gebühr verschonte Menschen werden jetzt gewaltig zur Kasse gebeten. Dabei ist der Antrag bereits als eine Falle ausgemacht. Es sind Meldungen über die bereitgehaltenen Empfangsgeräte zu machen. Überdies sind z.B. ALG-II-Bewilligungsbescheide im Original bzw. vom Bürgerbüro beglaubigt beizubringen. Inwieweit Datenschutzrechtlich mit diesen Daten verfahren wird, eine Auskunft wurde uns bisher nicht gegeben. Da GEZ-Befreiung nun nur noch

in Verbindung mit einer ALG-II-Bewilligung gewährt wird, diese maximal auf 6 Monate begrenzt sind, wird der GEZ-Antrag sehr schnell mit Begründung "Bewilligungszeitraum nicht mehr gültig" abgeschmettert. Ein einfacher Widerspruch ist als Rechtsmittel nicht mehr möglich, die Adresse des zuständigen Sozialgerichtes wird "freundlicherweise" mitgeliefert. Da erst im Monat nach Antragstellung eine Befreiung gewährt wird, meistens jedoch Gründe zur Ablehnung genannt werden, ist Rechnungsstellung und Verfolgungsbetreuung für bisher Freigestellte durch die GEZ zu erwarten. Wir sollten uns massiv wehren, unsere Rundfunkanstalten mit Briefen und Emails überschütten und eine Rückkehr zum alten GEZ-Befreiungs-Modus einfordern. (HaDe)



"Der Mensch muss einsehen, dass seine Geschicke mit denen seiner Mitmenschen in allen Teilen der Welt eng verknüpft sind."
(Albert Einstein)

+++ Mobilität für Alle +++

Fortsetzung von Seite 1

Wir fordern Gesprächsbereitschaft der Politiker über noch zu verhandelnde Möglichkeiten und unter Einbeziehung der Vorschläge Betroffener.

Findet Politiker mit Alternativen ! Im Gegensatz zu dem Politik-Einerlei der Sozial-Räuber bieten wir auch Alternativen an. Diese können sich durchaus in Form von Zusammenschlüssen zu Fahrgemeinschaften ausdrücken. Z.B. kann mit

gültiger, übertragbarer Monatskarte ab 19.00 Uhr kostenfrei ein weiterer Fahrgast mitgenommen werden. Das ist sozial, das ist kommunikativ. Das kann, wenn es im großen Rahmen praktiziert wird, zu spürbaren Einnahmeverlusten bei GVH/Üstra führen. Eine organisierte Verwendung von Gruppen-Tages-Tickets lässt 4 zusätzliche "FreifahreInnen" ohne Bezahlung mitfahren ! Eine genüssliche Vorstellung, als ein gemeinnütziger Verein 1-€

Jobber zu beschäftigen, die rund um die Uhr, mit Gruppentickets versehen, den Fahrgästen der Üstra/GVH zu Freifahrten verhelfen könnten. Da wir aber grundsätzlich gegen diese 1-€-Jobs sind, rufen wir Euch auf, bei einer weiteren Verweigerungshaltung der für eine Sozialtarifierung verantwortlichen Politiker der Region, bei diesen legalen Aktionen mitzumachen. (Alp)
Homepage: www.alptraum.org
Email: info@gegen-sozialabbau.de

Endlich Arbeit - BA-Vollbeschäftigung für die Justiz ?

Fortsetzung von Seite 1

In Bochum wurde mit großem Polizeiaufwand gegen Hartz-IV-Kritiker ermittelt. Bereits im Januar 2005 anlässlich der Aktion "Agenturschluss", wurden anonym Flugblätter verteilt, die von der BA als Fälschung ihres Briefkopfes angezeigt wurden. Jetzt, 6 Monate später, wurde ein Link zur Agenturschluss-Kampagne zum Anlass genommen, gegen die Redaktion von www.labournet.de

vorzugehen. Der Autor dieses Berichtes hatte am eigenen Leibe eine Strafverfolgung erdulden müssen, bei der eine Email-Absender-Adresse mit seinem Namen gefälscht war. Das endete mit einer Einstellung des Verfahrens, da mittlerweile auch die Strafverfolgungsbehörden wissen, dass im Internet (und überall mit Computern) Fälschungen möglich sind. Schwerwiegend werden solche Vorkommen, wenn Polizei

und Staatsanwaltschaft und auch die Richter diese Erkenntnisse ignorieren, gezielt zu einer Hatz auf politisch Andersdenkende aufbrechen. Die Computer sind zurück gegeben worden. Ordner mit Informantenpost sind immer noch beschlagnahmt. Unklar ist, mit welcher Rechtsgrundlage die Polizei Journalismus behindert. www.labournet.de und auch wir von www.alptraum.org bedanken uns für Eure Solidarität. (Alp)

Schon GEZahlt ? - Gebührenbefreiungs-Antrag im Ordnungs- oder Bürgeramt !

Haben wir falsch gewählt ? - Einfach nicht wiederwählen !

Fortsetzung von Seite 1

Ehrlich gesagt: auf Volksvertreter, die den Dialog mit Ihrem Wahlvolk scheuen, die auf berechnete Fragen ihrer Bürger einfach nicht antworten, sollten wir schleunigst verzichten, diese sofort wieder abwählen.

Aber so viel Demokratie gibt unsere Verfassung nicht her. Leider vergessen viele Wähler, insbesondere die Gewählten: **“Der Staat ist für die Menschen und nicht die Menschen für den Staat”**. Einsteinzitat am Bundeskanzleramt Den 65 Ratsmitgliedern der Stadt Hannover sind am 09.06.05 persönliche Anfragen zum Thema **“Sozialtarife für Bedürftige”**, mit der Frage: **“Unterstützen Sie eine kostenlose Benutzung von Bussen und Bahnen für Geringverdiener”** per Poststelle übergeben worden. Auch der Poststelle der Region sind am 14.06.05 von uns 85 gleichlautende, persönlich adressierte Anfragen an Abgeordnete der Region zugestellt worden.

Nur wenige der angeschriebenen Volksvertreter hatten geantwortet. Wir hielten es an dieser Stelle darum für angemessen, auf die den Bürgern **nicht** zur Verfügung stehenden Politiker hinzuweisen. Einzel-Namensnennungen hätten jedoch den ganzen Artikel gefüllt. Im Rathaus, auch im Haus der Region sind Listen mit den Namen der derzeit in diese Gremien Gewählten. In unserer 1. Anfrage baten wir um persönliche Stellungnahmen zum Null-Tarif. Mit unserer zweiten Briefaktion, nur noch an die Vertreter des Verkehrsausschusses der Region, hatten wir unsere Vorschläge konkretisiert, auch auf mögliche Mehreinnahmen durch Einführung eines Sozialtarifes hingewiesen. Da wir für den Fall einer Nichtbeantwortung auch auf eine **Veröffentlichung der “schweigenden Volksvertreter”** zart hinwiesen, erhielten wir mehr Antworten, auch positive Zusagen zu dem geforderten Sozialtarif.

Die bei Kräuterbonbons bekannte Frage: **“Wer hat’s erfunden ?” ist nachrangig, so den Betroffenen auch wirklich geholfen wird.** Nach wie vor ist es ratsam, seinen persönlichen Volksvertreter, seine persönliche Volksvertreterin auszumachen, auf persönliche Stellungnahmen festzunageln. Die Beantwortungsquote 1 zu 150 ist auf 9 zu 150 verbessert. **Dann lieber Lotto spielen ?** Holt Euch die Namen und Kontaktadressen der Regionspolitiker, die der Ratsleute, der Landtagsabgeordneten, die der Bundestagsabgeordneten. Die Listen sind auch für uns öffentlich zugänglich. Lasst nicht locker, verlangt Auskünfte von euren Volksvertretern. **Macht ihnen klar**, dass eine Wahlentscheidung vom demokratischen Verhalten der Kandidaten abhängt, **dass Politiker ohne Rückgrat**, ohne ein Aufbegehren gegen Partei- oder Fraktionszwänge, **schnell der Vergangenheit angehören werden..** (HaDe)

AWO “hilft” Job-Centern bei psychosozialer Betreuung...

Die Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V. (AWO) hat im Juli mit der Region Hannover einen Vertrag zur **“Sicherstellung der psychosozialen Betreuung und Schuldnerberatung für Arbeitssuchende”** im Rahmen des §16 Abs.2. S 2 Nr.3 nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) abgeschlossen. Arbeitssuchende, deren soziale Probleme zu Schwierigkeiten bei der Vermittlung führen, erhalten von den Job-Centern in der Stadt und Region Hannover zukünftig Gutscheine für die Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt.

Die persönlichen AnsprechpartnerInnen und die FallmanagerInnen (pAp/FM) der Job-Center händigen dem Arbeitssuchenden nach Bedarf einen Übermittlungsschein aus. Der Arbeitssuchende sucht eine Beratungsstelle auf und erhält innerhalb von vier Wochen (!) einen Beratungstermin. Die Leistungen der Psychosozialen Betreuung beschränken sich zunächst auf ein bis drei Beratungstermine. Weitere Beratungstermine können nur geleistet werden, soweit von den "pAp/FM" weitere Betreuungsstunden (max. zehn) bewilligt werden.

Ziel ist es, die Hemmnisse, die einer erfolgreichen Vermittlung im Wege stehen, zu überwinden. Die AWO bietet diese Hilfeleistungen unter der Telefonnummer 0511/8114-0 an 15 Standorten in der Stadt und Region Hannover an.

Anmerkung der Redaktion:

Die AWO zählt als SPD-nahestehender gemeinnütziger Träger bundesweit zu den ersten Befürwortern und Nutznießern der 1-Euro-Jobs durch Personalabbau in ihren eigenen sozialen Einrichtungen.

Infos: www.awo-hannover.de (ErSt)

Wer hilft in Hannover den Betroffenen der Hartz IV-Gesetze ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4
ALZ, Lange Laube 22
IG-Metall, Postkamp 12
ver.di, Goseriede 10
SoVD, Herschelstr. 31

Termin vereinbaren, 44 24 21
Termin vereinbaren, 167 686-0
Termin vereinbaren, 124 02-45
Termin vereinbaren, 12 400-345
Termin vereinbaren, 70 14 8-21

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen !

Die “freien” Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, sind teilweise sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !



Zur Eingliederungsvereinbarung persönlichen "Beistand" ins Amt mitnehmen !

Meldet Vorkommnisse im Arbeitsamt - wir veröffentlichen !



Arbeitsplätze beim "Alptraum" ?
Nicht wirklich und auch nur ehrenamtlich. Während eines Besuches

im "Amt für immer noch keine Arbeit" gibt es sicherlich "spannende Begegnungen". Beim nächsten Besuch empfiehlt das ArbeitsLösenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-SammlerInnen gesucht!

Greift zu Eurer spitzen Feder !

Falls Ihr Euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenem Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann.

Wichtig ist, dass wir uns gegenseitig informieren, dass wir den Lügen und der gezielten Desinformation entgegentreten. Wir sind nicht wehrlos, wir stärken uns durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit. (Alp)

Ein Besuch im 1-€Jobber-Camp - Glücksinsel Hölderlinstraße ?

Montag, der 18. Juni, 30. Kalenderwoche im Jahre der Einführung von Hartz IV, hatten wir eine offizielle Einladung zu einem Informationsbesuch beim städtischen Stützpunkt Hölderlinstrasse, in eigenen Prospekten auch als HÖ benannt. Die vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hatte diesen Termin vereinbart. Mitglieder des Erwerbslosentreff ver.di und des Gewerkschaftsforums kamen.

Von Seiten des Trägers der Maßnahme Hölderlinstraße war der Chef persönlich, auch fast alle ProjektleiterInnen waren anwesend. Um es vorweg zu nehmen: eine direkte Berührung mit 1-€Jobbern gab es nicht, ist uns aber auf unsere Bitte hin zu einem späteren Zeitpunkt doch noch zugesagt worden.

Der Stützpunkt HÖ als Maßnahmen-Träger ist eine städtische Einrichtung, die auch schon zu Zeiten vor ALG II ähnliche Maßnahmen im Rahmen der Wiedereingliederung und der so genannten "Gewöhnung an Arbeit" für Sozialhilfeempfänger durchführte. Die Alemannstraße ist eine Untergliederung. Neben einer vollwertigen Tischlerei wird durch HÖ auch eine Gärtnerei geführt. In diesen beiden Einrichtungen werden Jugendliche durch Meister qualifiziert ausgebildet. Es werden auch Hoch-/Tiefbau-Arbeiten in Verbindung mit Bauhöfen der Stadt Hanno-

ver durchgeführt. Renovierungen von Sozialhilfe-Wohnungen sowie Entrümpfung und Umzugshilfe für Bedürftige waren bereits früher die "normalen Tätigkeiten", ebenso Reinigungsarbeiten zur Park- und Grünflächenpflege. Mit Einführung der Hartz-IV-Gesetze, welche das Fordern der ALG-II-Berechtigten maßgeblich in den Vordergrund stellen, sind die Aufgaben und Anforderungen an diesen Träger erheblich gewachsen. Als "Plansoll" sind jährlich ca. 700 1-€Jobber in Beschäftigungsmaßnahmen zu überführen. **Dass mit einer vorübergehenden "Eingliederung" von 1-€Jobbern die BA Statistik "geschönt" werden kann, ist eines der vielen Wunder dieser Sozialabbau-Gesetze.**

Nach Aussage der HÖ-Verantwortlichen sind auch weitere, sinnvolle Organisationsstrukturen und nachhaltige Ergebnisse durch die zentralistische Regie der Bundesanstalt einfach nicht sinnvoll durchsetzbar. **"Wir setzen diese Vorgaben um, müssen uns auch täglich auf Änderungen einstellen,** diesen Betrieb dabei auch noch annähernd wirtschaftlich führen und auch den uns anvertrauten Menschen gerecht werden." So oder so ähnlich war der Tenor der Hauptberuflichen, die klar erkennbar die Einrichtung und sich selbst positiv darstellen wollten.

Leichte kritische Töne waren durchaus auch zu vernehmen, im Grundsatz kam aber herüber, dass dieses Fordern richtig sei, dass die zu 1-€Jobs Herangezogenen in gewisser Weise "therapiert" werden müssten. Die zur HÖ Abkommandierten hätten mit der HÖ die bessere Variante gegenüber "schlimmeren" Einrichtungen gefunden. Mit Video und Folien wurde uns eine heile HÖ-Welt vorgeführt, wurden wir mit viel Zahlenmaterial gefüttert. Unsere Fragen wurden größtenteils beantwortet. Ein kritisches Hinterfragen der eigenen Positionen, zur Zwangslage der zugewiesenen Menschen scheint mit Blick auf den eigenen Arbeitsplatz nicht angezeigt. Als sehr problembehaftet in Hinblick auf Sanktionsmaßnahmen, Streichung der Leistungen auf 30%, fanden wir die Bewertung, die von den Projektleitern unmittelbar nach Zuweisungen an die ARGE geschickt werden müssen. Ob bei einem Verhalten der zugewiesenen "Delinquenten" ein Widerstandsrecht, ein Streikrecht oder ansonsten durch das Grundgesetz geschützte Abwehrhandlungen gegen z.B. Mobbing möglich sind, mag vom persönlichen Empfinden der jeweils diesen Menschen vorgesetzten Projektleiter abhängen. Handlungsanweisungen fehlen noch. (HaDe)

Aktiv !

Dienstags ab 16.00 Uhr, vor dem Treffen in der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen", wirkt bereits die Redaktion an ihrem "Arbeitsplatz". Redaktionsschluss zur Auswahl der Inhalte, ist der 3. Dienstag im Monat. Korrektur wird am 4. Dienstag im Monat gelesen. Dann muss das Layout erstellt werden. Dieses geschieht auf nur einem PC, mit Verstärkung durch eine weitere Arbeitsgruppe, um am 1. Mittwoch im Monat die neue Ausgabe, den "Alptraum", zumindest als PDF-Datei ins Internet zu stellen. An diesem 1. Mittwoch wird vormittags produziert, um rechtzeitig in Erwerbslosen-Gruppen, wie ver.di ELO-Treff, IG-Metall, so_net, akanet, im AK-Linden, und vor der Agentur für Arbeit, die frische, kostenlose Zeitung zu verteilen. (Alp)

Kreativ ?



WWW.

kleine Webseitenauswahl:

www.Alptraum.org
www.Arbeitslosenkreis-Linden.de
www.Asphalt-Magazin.de
www.Bohrwurm.net
www.Erwerbslos.de
www.Erwerbslose.de
www.Erwerbslose-Peine.de
www.Klartext-Info.de
www.Labournet.de
www.Nuemmes.de
www.SozialesBuendnis.de
www.Tacheles-Sozialhilfe.de
www.verdi.de/Erwerbslose

Die vorgenannten Webseiten stellen nur eine kleine Auswahl der uns bekannten Homepages dar, die auch wie wir zum Thema Sozialraub berichten. Die Redaktion "ALP-traum" - (ArbeitsLosenPresse) ist für die Inhalte dieser im Internet verfügbaren, ergänzenden Publikationen nicht verantwortlich.

Filmtipp im August: "neueWut" - Dokumentarfilm von Martin Keßler

Ob Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV, Opel-Streik oder Aufstand der Studenten: Seit Herbst 2003 gab es in Deutschland immer neue Wellen sozialer Proteste. Der Dokumentarfilmer **Martin Keßler** und sein Team haben diese Proteste bis Anfang 2005 mit ihrer Videokamera begleitet. Daraus entstand der Film "neueWut" (BRD 2005 / 90 Min.) Im Mittelpunkt des Films stehen Menschen, die von sozia-

len Kürzungen oder Lohneinbußen betroffen sind oder seit Jahren keine Arbeit mehr finden. Auf der Straße und vor den Werkstoren. Martin Keßler und sein Filmteam haben einige von ihnen über ein Jahr begleitet, um zu zeigen warum sie aufbegehren und ob aus all dem eine neue soziale Bewegung entsteht. Aus Arbeitslosen und Automobilarbeitern, aus Globalisierungskritikern und Gewerkschaftern,

aus "Ossis" und "Wessis". - Sich verändernde Einschätzungen der Regierenden kommen ebenso zu Wort: "Da kocht eine alte Wut wieder hoch".

"neueWut" DVD oder VHS, Preis: 22,50 € / ermäßigt: 17,- € plus jeweils 3,50 € Versandkosten. Film-Bestellungen: per E-Mail unter:

subs_kription@neueWUT.de

Weitere Film-Infos unter: www.neueWut.de (ErSt)

Tut was !

Vortrag am 19.06.2005 Bühne Gartenhaus (David v. Nordstadt)

Ich sage Euch: Tut was !

Es gibt so viel zu tun, so Tut Was !

Denn es ist schon fast zu spät.
Tut endlich was und macht was.
Die Zeit, sie drängt.

Tut Was !
Steht nicht am Rand,
- Steht auf und Tut Was !
Mischt Euch ein Für alle Male ein.

Der Spaß ist vorbei,
macht endlich ernst und
Tut Was !

Glaub nicht, dass alles gut wird
und Dich dann eines Morgens
wachküsst.

Ihr müsst: ... Tut Was !

Es brennt
an allen Ecken und Enden
Also, Tut Was !

Macht das Leben schön,
noch schöner
und nicht zur Hölle.
Gefällt Euch das Elend dieser Welt
Nein, nicht ?

Dann tut gefälligst was,
bevor alles vor die Hunde
untergeht.

TUT WAS !!!

Tut Was !

Nimm die Faust geballt
aus der Tasche,
den Arsch bewegt !
Tut Was !

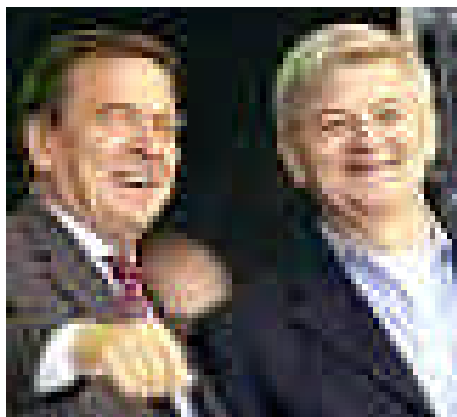
..... und lasst Euch nicht aufhalten...



"Man hat Gewalt, so hat man Recht."

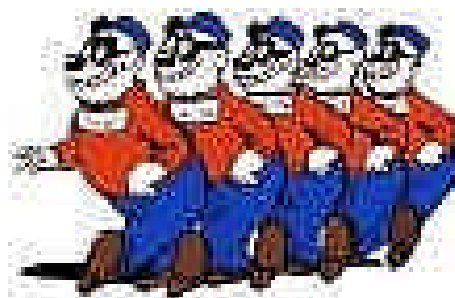
(Goethe, Mephisto in Faust)

Ombudsrat stellt sich hinter Hartz IV - Presse vom 27.06.2005



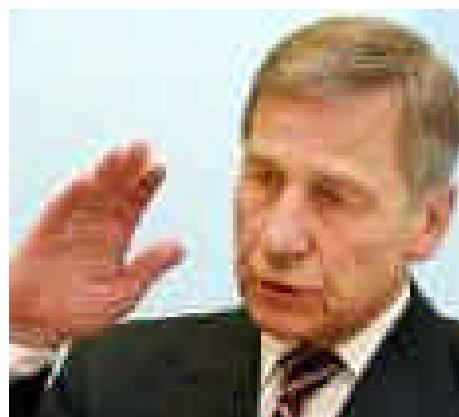
Mitglieder des Ombudsrates sind der ehemalige IG-Chemie-Chef Hermann Rappe, die frühere Bundesfamilienministerin Christine Bergmann und der Ex-Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf.

Dieser lehnt jedoch eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose ab. Bei der Krankenversicherung erhalte derjenige, der 30 Jahre Beiträge geleistet habe, im Falle einer Krankheit auch keine bessere Behandlung, als jemand, der nur drei Jahre eingezahlt habe, sagte Biedenkopf der "Sächsischen Zeitung"



Stichwort: Ombudsrat

Ein Ombudsmann ist ein unparteiischer



Dritter. (bzw. sollte es sein - Redaktion!) Ein Ombudsrat wird dann eingesetzt, wenn politische Entscheidungen "unpopulär" sind und ungerechte Behandlung von Personen ohne Lobby verhindert werden soll.

(ReiMa)

Ob eine Frau Bergmann, die Herren Biedenkopf und Rappe, gut dotiert und fern von den Nöten der Betroffenen, überhaupt Ombudsrats-Funktionen gewährleisten können? Sie werden es mit Sicherheit nur im Sinne der abgelebten Herren erledigen.

(Alp)

Homepage Ombudsrat www.ombudsrat.de

Der für Beschwerden von Arbeitslosen zuständige Hartz-IV-Ombudsrat legte seinen ersten Bericht mit Korrekturvorschlägen für die Arbeitsmarktreform vor. Das Gremium regte mehrere Änderungen an der Arbeitsmarktreform an, bewertet aber zugleich deren Grundsätze als richtig.

Von der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei der Rat heute noch mehr überzeugt als zu Beginn seiner Arbeit, sagte der Ombudsratsvorsitzende Hermann Rappe in Berlin.

100%tiger BA-Erfolg in Erfurt - je Arbeitgeber gibt es einen pAp

Auszug aus der BA-Pressemeldung Nr. 51 vom 21.07.2005:

.....Auch die in Erfurt schon erfolgreich aufgebaute Arbeitgeberbetreuung wird im Kundenzentrum weiter intensiviert.

Jeder Arbeitgeber hat einen individuellen Ansprechpartner.

Zwanzig Prozent ihrer Arbeitszeit nutzen die Vermittler, um Betriebe intensiv bei der raschen und passgenauen Besetzung freier

Stellen zu unterstützen.....

Da kann Mensch neidisch werden. Fallmanager (FM) und persönliche Ansprechpartner (pAp) sind den normalen Arbeitssuchenden bisher seltenst bis gar nicht begegnet. (Alp)

Wohneigentum ist Schonvermögen ! - Arge Hannover ignoriert das !

Nach SGB II müssen Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser bis zu einer bestimmten Größe auch bei Bezug von ALG II nicht verkauft werden.

Sollte die Immobilie bereits ganz bezahlt sein, gelten diese Nebenkosten, das Hausgeld, als Kosten der Unterkunft (KdU) und werden im Rahmen der ortsüblichen Mietobergrenzen (MOG) von der Arge übernommen. Was aber, wenn die Immobilie noch nicht bezahlt ist? In dem uns bekannten Fall streiten sich die Juristen. Frau F. bewohnt seit über 20 Jahren eine 80 qm Eigentumswohnung, die zu gleichen Teilen ihr und ihrem geschiedenen Mann gehört. Da sie die Wohnung alleine bewohnt, trägt sie auch seit ihrer Scheidung selbst die 306,- Euro Hausgeld, 213,- Euro Zinsen, 52,- Euro Tilgung und 28,- Euro Grundsteuer. Frau F. ist von der Arge jetzt aufgefordert, die KdU auf die zulässige Mietobergrenze von 300,- Euro

+ 50,- Euro Heizkosten zu senken. Die Arge schlägt eine Untervermietung vor. Das ist aufgrund des Wohnungsschnittes und der Wohnlage schwierig bis unmöglich. Die geforderte Alternative, Verhandlungen mit der Bank über die Zinshöhe zu führen, ist angesichts der Interessen der Hausbank noch weniger erfolgversprechend. Ein Verkauf der Wohnung wird vom ehemaligen Ehemann kategorisch abgelehnt. Eine Sonderumlage für die Renovierung der Außenfassade, an der sich laut Wohnungseigentümergebot (WEG) alle Wohnungseigentümer beteiligen müssen, bewirkte überdies, dass Frau F. jetzt nur noch 60,- Euro zum Leben verblieben. Im SGB II ist klar geregelt, dass die Arge die Zinsen übernehmen muss (jedoch nicht die Tilgung).

In der Arge Hannover wird dieser Tatbestand ignoriert. Frau F. klagt jetzt mit Hilfe des Arbeitslosenzentrum

(ALZ), RA. Steger, gegen die Arge und versucht, mit einem Eilantrag die drohende Einstellung der Zahlung der Kreditzinsen zu verhindern.

Rita Pawelski (CDU), hatte Frau F. für diesen Fall vollmundig Hilfe zugesagt. Trotz dieser Zusage ist ihre beauftragte Mitarbeiterin, statt sich mit dem Fall zu befassen, in den Urlaub gefahren.

Frau F. ist jetzt auf der Suche nach Erwerbslosen, die ähnlichen Rechtsbrüchen der Arge ausgesetzt sind, um gemeinsam Widerstand zu leisten. Durch die Initiative des Alptrausms ist bereits ein Mitstreiter gefunden, der ebenfalls Klage beim Sozialgericht eingereicht hat. Frau F. und Alptraum suchen noch weitere Hartz-IV-Betroffene, denen die Arge die gesetzlich zugesicherte Übernahme der Kreditzinsen für Wohneigentum verweigert.

Kontaktaufnahme über die Alptraumredaktion erbeten. (JeSch)

Muster-Widersprüche, auch gegen "1-€Jobs": <http://www.Erwerbslos.de>

Sommer - im August:

"Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Das betrifft in erster Linie die fast fünf Millionen Arbeitslosen. Aber selbst Arbeit schützt nicht mehr vor Armut."

DGB-Chef Michael Sommer bei Vorstellung des 10-Punkte-Papier "Deutschland sozial gestalten" mit den gewerkschaftlichen Anforderungen an die Wahlprogramme der Parteien am 08.06.2005.

Frage an Doc M. Sommer:

Füllen sich deshalb die Raffkes & Co. der Republik mit ihrer "Mitnahme-Mentalität" die Taschen wie beispielsweise bei der AOK, ARD, DFB oder VW ??? (Alp)

Alptraum-Buchtipp im August

Ratgeber von Jürgen Brand: Hartz IV - "Mein Recht auf Arbeitslosengeld II"

»Hartz IV« hat zu erheblichen Verunsicherungen geführt. Der Ratgeber erläutert anschaulich und mit vielen Beispielen die Neuregelungen. Im Mittelpunkt steht dabei der Anspruch auf Arbeitslosengeld II (ALG II) mit Tipps zum Ausfüllen des Antrages und Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung. Pflichten von Arbeitssuchenden und Arbeitgebern werden ebenso erläutert wie Rückgriffsmöglichkeiten der Behörden gegen Verwandte, Ehegatten und Angehörige. Musterbriefe helfen bei der Formulierung von Widerspruchsschreiben oder Klageschriften.

Dr. Jürgen Brand ist Präsident des Landessozialgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender des 1. Senats, der Berufungen aus dem Arbeitsförderungsrecht entscheidet.

Herausgeber: Verbraucherzentrale NRW, Düsseldorf www.verbraucherzentrale-nrw.de

2. überarbeitete Auflage 2005, 228 Seiten, 9,80 Euro, ISBN 3-938174-03-X (ErSt)

Horrorskop / ein Zeichen im August

Dem Zeichen Löwe, Herrscher Sonne, ist Huldigung die größte Wonne. Lass Deinem Löwen seine Krone - denn ohne, zum "Bettvorleger" er verkommen könnte. (HeiDie)

Lehrmittelfreiheit Heute = endlich von Lehrmitteln befreit ?

Pisa, Pisa, über alles! Bitte "BLÖD" bleiben? Geheucheltes Erschrecken und Lippenbekenntnisse um den Bildungs-Notstand in Deutschland? Dennoch müssen uns unsere Politiker krank und blöd sparen. Eintrittsgeld beim Arzt, die Heilmittel teurer, höhere Beiträge. **Die Lehrmittelfreiheit ist abgeschafft.** Bücher können in Schulen, so keine Mittel zum Kauf derselben nachgewiesen werden, nur noch ausgeliehen werden. Pflichtbücher für

Erstklässler kosten z.B. 52,90 €, sind nur noch gegen Leihgebühren 19,- € erhältlich. Das ist oft nicht mehr bezahlbar. **Es scheint politisch gewollt, unseren Kindern kein Rüstzeug mit in die Zukunft zu geben,** das aus ihnen mündige und kritikfähige BürgerInnen machen könnte. Soziokulturelle Einrichtungen sind für Geringverdiener meistens unbezahlbar. Verbleibt die "BLÖD"-Zeitung und das "Unterschichten-TV" sowie die sonntägliche Christiansen-Hirnwäsche? (HeiDie)

Deutschlands krasse Asse



Unser Monats-Orakel

Gleich zwei "gezinkte" Karten!
Findet die falschen Fehler...

Alpträumer - Zitate anno August 2002:

"Ziel des Masterplans ist es, die Zahl der Arbeitslosen in drei Jahren um 2 Millionen zu reduzieren."
VW-Personalvorstand Peter Hartz am 16. August 2002...

"Wir müssen aus dem großen Wurf eine neue Wirklichkeit Deutschland machen."
Kanzler Gerhard Schröder ebenfalls am 16. August 2002, dem Tag der großartigen Verkündung des Hartz-Konzepts.

Alptraum - Größenwahn:

"Meine Partei und ich persönlich stehen nur für einen großen Wurf zur Verfügung."
FDP-Vorsitzender Guido Westerwelle zur Arbeitsmarktpolitik in der "Frankfurter Rundschau".

Anmerkung der Alptraum-Redaktion: "Rausschmeissen..."

"Agenda für (auch keine) Arbeit" - Zitat:

"Ich will Deutschland dienen."
Kanzlerkandidatin Angela Merkel (CDU) im Mai 2005 zu Ex-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) vor jubelnden Unionsanhängern im Berliner Konrad-Adenauer-Haus. (ErSt)

Ab 1. August gilt die neue "Rächtschreiprevorm"- Regel in Niedersachsen...

